

POLIZEI REPORT

G 6811
ISSN 0937-5333

Nr. 101 · Dez. 2009



**BEZIRKSGRUPPE SÜDHESSEN IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen
der Bezirksgruppe Südhessen
der Gewerkschaft der Polizei
und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.
und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für Südhessen mit den
Kreisen Groß-Gerau – Darmstadt – Bergstraße
Odenwald und PAST Darmstadt/Lorsch

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-
arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

A. Jochum, St. Buschhaus

Redaktion:

GdP BZG Südhessen
Norbert Weinbach,
Rolf Büttner, Uschi Hess

Die Bezirksgruppe im Internet:

www.gdp-bzg-suedhessen.de

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

Aus dem Inhalt

Vorwort

Seite 4

Rolf Büttner bleibt an der Spitze

Seite 6

Gemeinsam Verantwortung
übernehmen

Seite 9

Seniorenarbeit auf stabilere
Füße gestellt

Seite 10

Zurück zur 40-Stunden-Woche

Seite 11

Gewerkschaften sind das stärkste,
was die schwachen haben

Seite 12

Mike Majewski im Amt bestätigt

Seite 13

Bald Bahn statt Streifenwagen?

Seite 14

Alt und Jung friedlich vereint

Seite 15

Lob und Tadel zum
Beförderungstermin

Seite 16

Personalabbau nach dem
Zufallsprinzip geht weiter

Seite 17



Dienstjubiläen

Seite 18

16 neue Wachpolizisten für PP
Südhessen

Seite 19

Unfallversicherungsschutz
verbessert

Seite 19

„Spickmich“ ist rechtens

Seite 20

Wer solche Freunde hat...

Seite 20

Zwischen vorgestern und morgen

Seite 21

Rätsel

Seite 21

Im Tarifrecht sind noch viele
Fragen offen

Seite 23

Riester-Rente mit gesetzlichem
Schutz

Seite 25

Gemeinsam gegen Gewalt

Seite 25

Wer hat, dem wird gegeben

Seite 25

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Rolf Büttner

Anfang November 2009 fand der ordentliche Delegiertentag der GdP Bezirksgruppe Südhessen statt.

Veranstaltungsort war die Altrheinhalle in Stockstadt. Diesen Ort hatten wir ausgesucht, weil dort seit Jahresanfang unser ehemaliger Kollege, GdP-Mitglied und langjähriger Vertrauensmann bei der Pst Groß-Gerau, Thomas RASCHHEL, als Bürgermeister die Geschicke der Gemeinde führt.

Der Delegiertentag diente der Vorbereitung des Landesdelegiertentages und der Durchführung der turnusmäßigen Neuwahlen zum Vorstand.

Bei dieser Gelegenheit hat der Vorsitzende u.a. die Aufgabe einen Bericht über die geleistete Arbeit des Vorstandes seit dem letzten Delegiertentag (der war am 10.11.05) abzugeben. Das will ich jetzt auch hier in schriftlicher Form tun, damit alle Mitglieder einen Einblick in die Arbeit des Vorstandes erhalten. Einen ausführlichen Bericht über den Delegiertentag werdet ihr auch in diesem Report erhalten.

So ein Bericht soll einen Abriss über die Arbeit eines Vorstandes geben. Das ist in allen Vereinen und eigentlich überall dort wo es einen Vorstand gibt so.

Oft wird so ein Bericht auch dazu benutzt, um mit irgendwas oder irgendwem abzurechnen. Das wollte ich aus zwei Gründen nicht tun. Zunächst war niemand da, auf den man direkt schimpfen konnte (der Hessische Innenminister hatte abgesagt) und ich bin es leid, immer wieder das gleiche anzuprangern – Personalnot, Hess. Immobilienmanagement, Werkstätten usw.usw., und zu sagen, die GdP hat immer Recht.

Einige Kleinigkeiten müssen dennoch sein, sie drücken einfach ganz heftig.

Die letzten beiden Wahlen, Landtags- und Bundestagswahl, das gebe ich zu, sind nicht in meinem Sinne abgelaufen. Ich gehöre zu den Verlierern, aber, und das prophezeie ich, so ziemlich alle werden zu den Verlierern gehören, besonders wer die Blauen gewählt hat. Das ist halt so im Leben, wer sich einlullen lässt und blau wählt, wird erst recht verlieren. Wer noch immer auf z.B. versprochene Steuersenkungen hofft, ist ein schöner Phantast.

Was hat das mit uns bei der Polizei in Hessen zu tun? Wenn die Länder durch die Steuerreform so belastet werden wie dies viele befürchten - auch die CDU geführten befürchten dies und bauen schon vor, dass die Kosten „weitergegeben“ werden müssen - werden gerade wir im öffentlichen Dienst als Erste die Auswirkungen spüren.

Zu was ich noch was sagen will, sind die Rückgradlosen in Hessen – die Polizeipräsidenten-. Ihr werdet euch alle erinnern, wie sie vor der Landtagswahl auf die GdP geschimpft haben. Und jetzt — sie heulen rum, wie wenig Personal sie hätten — oooch. Präsidenten – die GdP hatte wie immer Recht!

Am meisten ärgert es mich, dass sie alle zu feige sind, wenigstens jetzt das Richtige zu sagen. Dabei verlange ich gar nicht, dass sie zugeben, zu ihren damaligen Aussagen gezwungen worden zu sein und mitgemacht zu haben, aus Angst ihre Posten zu verlieren.

Fertig. Last mich zu einfachen Zahlen kommen.

2005 hatte die BZG SH 999 Mitglieder. Um im Landesvorstand unsere 2 Sitze zu behalten, benötigten wir aber 1000 Mitglieder. Nun, man ist ja schlau, kurz vor dem Stichtag wurde ein GdP Mitglied aus Offenbach, der in Darmstadt wohnt, dazu überredet, bei uns Mitglied zu sein. Das hat gut funktioniert. Am Stichtag aber mussten wir feststellen, dass wir nur 998 Mitglieder ins Rennen schicken konnten, denn, über Nacht waren uns zwei von einer anderen Bezirksgruppe geklaut wor-

den. Es wäre keine böse Absicht gewesen.

Sei es drum. So kommt es aber, das die BZG SH im Landesvorstand nur mit zwei Mitglieder vertreten ist, zum einen dem Norbert Weinbach kraft Amtes als Vorsitzender der Pensionäre, den Sitz kraft Mitgliederzahl nehme ich oder eine/r meiner Vertreter wahr. Im geschäftsführenden Vorstand ist SH nicht vertreten, allerdings werden meistens die BZG-Vorsitzenden zu diesen Sitzungen ebenfalls eingeladen. In der Zukunft haben wir noch einen Sitz im Gesamtvorstand mehr, denn am 29.11.09 wurde der Toni Pedron zum Vorsitzenden der Jungen Gruppe Hessen gewählt und ist jetzt ebenfalls kraft Amtes dabei.

Zurzeit, Stichtag 15.9.09, hat die BZG Südhessen 968 Mitglieder, wir sind damit die zweit kleinste BZG in Hessen (PZBH 960). Mit dem rechnerischen Verlust von 31 Mitgliedern seit 2005 stehen wir aber gut da, das ist der zweit geringste Verlust in Hessen. Übrigens, die GdP steht im Verbund der Gewerkschaften in Deutschland was den Mitgliederschwind betrifft, am Besten aller im DGB da.

Was allerdings in Südhessen noch dazu kommt, ist ein relativ schlechter Organisationsgrad. Wenn wir nur die noch im Dienst beim PP SH aktiven zählen, d.h. die Mitgliederzahl minus Pensionäre, Rentner und in Kommunen beschäftigte, kommen wir auf rund 650 Mitglieder. Bei rund 1800 Bediensteten ist dies schon schwach. Also hier ist noch einiges zu tun. Was jedoch positiv ist, mit unseren 968 Mitgliedern haben wir fast so viele wie die DpolG in ganz Hessen.

Seit Anbeginn meiner Aufzeichnungen, das ist der 1.1.08, (vorher habe ich diese Zahlen nicht erhoben, es wäre über die Sitzungsprotokolle möglich gewesen, aber dazu war ich zu faul) hatten wir 19 echte Austritte, 18 Mitglieder sind verstorben (dies seit November 05) also 37 Mitglieder weniger. Dem gegenüber stehen 28 Eintritte, dies aber Echte, d.h. Leute aus dem Dienststellenbe-

stand, die neu eingetreten sind. Dazu gibt es noch den einen oder die andere, die zu uns versetzt wurden und schon Mitglied waren.

Rechtsschutz

Auch diese Zahlen gibt es erst ab dem 1.1.08. In dem Jahr waren es 17 Anträge, in 2009 bis jetzt 19. Die Palette geht von Verwaltungsstreitverfahren, Strafverfahren, bis zu Regress-, Schmerzensgeld- und Schadenersatzforderungen. Zwei der Anträge aus Südhessen wurden abgelehnt. Dies erfolgt im Landesbezirksvorstand. Dort werden die Anträge durch die Rechtsschutzkommission vorgelegt und vom Gesamtvorstand eine entsprechende Entscheidung getroffen.

Sonstige Vorgänge, Dinge bei denen von viel bis wenig etwas getan werden musste, gab es insgesamt von November 05 bis zum November 09 genau 110.

Insgesamt führte der BZG Vorstand 16 Sitzungen durch, zu denen meistens der gesamte Vorstand eingeladen war. Ursprünglich war beschlossen, dass jeden Monat der geschäftsführende Vorstand tagt, das wären seit Dezember 05 bis heute 31 Sitzungen mit jeweils 11 Personen gewesen, dazu einmal im Quartal, also 16 mal der Gesamtvorstand mit 21 Personen. Das war mir einfach zu viel und zu teuer. Dazu kommt, wenn nix ist, muss man nicht da sitzen und Kosten verursachen. Dies ist meine Meinung, die nicht bei jedem gut ankommt, aber wir haben es auch mit 16 Sitzungen geschafft.

An Aktionen hat die BZG SH auch teilgenommen. Die für mich Beste war eine Demo mit Warnstreik am 26.9.07 in Wiesbaden, weil wir da aus Südhessen immerhin 59 Teilnehmer auf die Beine gebracht haben (nochmals zur Erinnerung: Wir haben 968 Mitglieder!!!).

Am 5.4.06 Aktion Schlagbaum in Mainz und Wiesbaden mit 15 Teilnehmern, am 21.10.06 im Frankfurt mit drei Teilnehmern und am 3.2.09 in Hannover haben wir vier Leute mobilisiert.

Ihr seht, auch hier ist noch einiges an Arbeit zu leisten, eine größere

Teilnehmerzahl würde ich mir schon wünschen. Zumal es immer was zu essen und zu trinken gibt und man Leute trifft, die man schon lange nicht gesehen hat. Auch lustiges gibt es: In Wiesbaden beim 1. Verbot in Uniform zu demonstrieren, fällt mir der Kollegen Fischer aus dem Odenwald ein, der an seiner Polizeimütze ein Schild hatte: Nichtuniform.

Auf was ich sehr stolz bin, ist die Betreuung bei Großeinsätzen. Dass hier natürlich besonders unsere Pensionäre, Freigestellten und auch Tarifbeschäftigte und alle Sonstigen, die nicht mehr zu Einsätzen müssen, gefordert sind, ist klar.

So waren die Südhessen natürlich bei der WM 2006 mit bis zu acht Helfern im Einsatz, bei Nazi Aufzügen am 1.5.07 in Rüsselsheim mit dem schon legendären Langnese Eiswaagen, und ebenso am 7.7.07 in Frankfurt und 30.10.08 wieder in Rüsselheim.

Die BZG hat drei Seminare angeboten, eine Veranstaltung über Terrorismus, eine über: Der Polizeibeamte vor Gericht und ein Steuerseminar. Alle drei waren hervorragend besucht und schreien nach Wiederholung.

Eine angebotene After Work Party (auf Deutsch „nach der Arbeit Fest“) war der absolute Reinfall, der spärlich anwesende Vorstand musste seine Steaks weitestgehend selbst essen.

Erwähnen will ich die Postkartenaktion der GdP. Auch wir Südhessen haben unsere Karten verteilt (meistens Vorstandsmitglieder) und da Winterzeit war, haben wir zeitweise erbärmlich gefroren. Entschädigt hat der große Rückhalt, den wir als Polizisten von der Bevölkerung erfahren haben. Und auch hier gibt es Lustiges zu berichten: Vor dem Media Markt in Bischofsheim habe ich vier junge Männer angesprochen und gebeten, mit ihrer Unterschrift für mehr Polizei zu stimmen. Die Antwort: „Nein, wir Polen“.

Das war der Bericht des Vorsitzenden. Noch ein Satz zur Stimmung bei der Polizei in Hessen. Originalzitat: „Einige konnten nicht

kommen, wegen Krankheit oder anderen dienstlichen Gründen“.

Ich wünsche euch und euren Angehörigen ein friedvolles Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2010, vor allem reichlich Gesundheit.

Rolf Büttner

Winterkind

Meine Erinnerung an jenen Tag deiner Geburt ruft in dunklen Zeiten diese Freude wach, mit der die Natur dich damals begrüßte: nach Vollmondnächten und dicken Nebelschwaden glänzte die Sonne an einem Himmel von eisclarer Schönheit, lichtblau, strahlend - nimm es als Omen für deinen Lebensweg.

Brigitte Jährling

Der Humor rückt den Augenblick an die richtige Stelle. Er lehrt uns die wahre Größenordnung und die gültige Perspektive. Er macht die Erde zu einem kleinen Stern, die Weltgeschichte zu einem Atemzug und uns selbst bescheiden.

Erich Kästner



Rolf Büttner bleibt an der Spitze

Kaum personelle Veränderungen in der Bezirksgruppe Südhessen

Fast durchwegs einstimmig erfolgten die Wahlen zum Vorstand der Bezirksgruppe Südhessen beim Bezirksdelegiertentag in der Gaststätte „Altrheinhalle“ in Stockstadt. Es gab auch nur wenige personelle Veränderungen. Rolf Büttner wurde wieder zum BZG-Vorsitzenden gewählt. Seine Vertreter wurden Jörg Hartweck (D/VS) Mike Majewski (HP), Annerose Meierewert (GG), Antonio Pedron (GG, Vors. Junge Gruppe), Michael Schweikert (HP). Das Amt des Schriftführers übt weiterhin Ulrich Bohrmann (D/VS) aus. Sein Vertreter ist Klaus Strack (DA). Zwar sind sie bereits einige Jahre in Pension, die Kasse wird aber von Sigi Gamperl (DA) und Hartmut Fickinger (GG) auch in der Zukunft weitergeführt. Zu Beisitzern gewählt wurden: Daniela Diel (DA, Tarif, Verwaltung), Fritz Ruhland (GG, Schutzpolizei), Ralf Levita (ERB, Kripo), Ursula Hess (HP, DGB), Jörg Gaulrapp (HP, Ordnungspolizei). Neue Beisitzerin für die Wachpolizei wurde Monica Duric (HP). Als Vertreter der Personengruppen gehören Susanne Lorz (ERB, Frau-

wurden auch als Delegierte nominiert für die Landesdelegiertenkonferenz im Mai in Weilburg. Dazu kommen noch die KG-Vorsitzenden Reinhard Wittke (DA) und Thomas Walter (ERB).

Bürgermeister Thomas Herschel, einst Polizist und noch immer Mitglied der GdP, sei zwar heute Chef der Ortpolizeibehörde, betonte er. Er sei aber nur Bürgermeister eines Dorfes, das zwar Stockstadt heiße



Es gab immer etwas zu diskutieren bei der BZG-Delegiertenkonferenz, hier, v.l., die Vorstandsmitglieder Uli Bohrmann, Jörg Hartweck, Vorsitzender Rolf Büttner, Sitzungsleiter Hartmut Schwöbel und PVP Uwe Brunnengräber. nw

Gewerkschaften sind kein Selbstzweck

Die Gewerkschaft der Polizei sei eine Interessenvertretung aller Polizeibeschäftigten, hob Polizeivizepräsident Uwe Brunnengräber in seinem Grußwort hervor. Gewerkschaften genossen einen besonderen Schutz, da die mit ihnen abgeschlossenen Abreden rechtsgültig seien. Das sei eine gute Ausgangsbasis aber auch eine Verpflichtung, weil eine Gewerkschaft kein Selbstzweck sei. „Sie sind von ihren Mitgliedern beauftragt, sich für die beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Polizeibeschäftigten einzusetzen“ machte Brunnengräber deutlich. Das sei aber nicht alleine „Kampf und kein Schmusekurs“, wie es der BZG-Vorsitzende Rolf Büttner einmal formuliert habe. „Es bedeutet für mich eine konstruktive Auseinandersetzung in Sachthemen“. Gewerkschaften seien zwar keine Räuberbarone wie in früheren Jahrhunderten, sie müssten aber klare Zielvorstellungen, Durchsetzungskraft, ein hohes Maß an Bereitschaft zu offener Diskussion, zu Kompromissen und Fingerspitzengefühl haben. Im Namen der Behördenleitung des PP Südhessen wünschte er dem neu gewählten Vorstand alles Gute und bedankte sich für die konstruktive Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

aber keine Stadt sei. Nicht einmal Düsseldorf sei eine „Stadt“ am Rhein, wie er auf der Landkarte habe sehen können.



Thomas Herschel, Bürgermeister von Stockstadt, der die Delegierten begrüßte, war einst selbst Polizeibeamter und ist noch heute Mitglied der GdP. nw

Die Delegierten gedachten der in den vergangenen vier Jahren verstorbenen 18 Mitglieder mit einer Schweigeminute. Rolf Büttner erinnerte dabei besonders an die ehemaligen Vorstandsmitglieder Klaus Hofmann und Günter Grulich. Hartmut Schwöbel (ERB) wurde zum Versammlungsleiter gewählt. Herbert Herzog, Uschi Hess und Uli Bormann wurden zur Mandatsprüfungs- und Antragsprüfungskommission gewählt. Keine Beanstandungen gab es zu dem



Susanne Lorz (ERB) setzte sich in geheimer Wahl als Vorsitzende der Frauengruppe durch gegen Anja Pausch (HP). nw

en), Abdurezak Omer (DA, Junge Gruppe) und Norbert Weinbach (HP, Senioren) dem Vorstand an. Der Kontrollausschuss besteht aus Herbert Herzog (ERB, Vorsitzender), Wilfried Seibel, Klaus-Dieter Fritzsche (GG), Volker Fischer (ERB) und Klaus Eschenfelder (D/VS). Sie alle

Kassenbericht von Sigi Gamperl. Kassenprüfer Hans von Dungen bescheinigte ihm eine einwandfreie Buchführung. Auf seinen Antrag hin wurde der Vorstand einstimmig entlastet.



Herbert Herzog trug die geprüften Anträge vor. nw

Viele Aktionen – zu wenige Teilnehmer

Er wolle nicht immer alles wiederholen und deshalb seien Bericht kurz halten, eröffnete BZG-Vorsitzender Rolf Büttner seine Bilanz der abgelaufenen Legislaturperiode. Zu den Siegern der Landtagswahl könne man sich nicht zählen, auch wenn die Polizei, insbesondere in Südhessen, aktiv an der „Postkartenaktion“ gegen die Stellenstreichungen der Polizei beteiligt gewesen sei. Nicht besonders positiv wertete Büttner auch das schwarz-gelbe Koalitionspapier. Die vorgesehenen Steuerreformen belasteten die Länder und damit den öffentlichen Dienst.

Es sei bedauerlich, dass es zu wenig Polizei gebe, erklärte der Vorsitzende. Anstelle von einst 2200 habe das PP Südhessen heute nur noch etwas mehr als 1800 Beschäftigte. Von einst 999 Mitgliedern habe die GdP heute nur noch 965. Das sei zwar der zweitgeringste Mitglieder-rückgang bei der GdP in Hessen, die BZG Südhessen sei aber auch nur noch die zweitkleinste BZG. Mit dem BZG-Vorsitzenden, dem Vorsitzenden der Jungen Gruppe und dem Vorsitzenden der Seniorengruppe seien bisher drei Mitglieder Teil des Landesvorstands gewesen.

16 Vorstandssitzungen habe es gegeben. Von 36 Rechtsschutzfällen seien zwei abgelehnt worden. Die BZG habe sich an Demos beteiligt, unter anderem in Wiesbaden, Frankfurt, Hannover und auf der Rheinbrücke von Mainz. Mitglieder, in erster Linie Senioren, hätten sich an verschiedenen Aktionen beteiligt, etwa bei der Weltmeisterschaft in Frankfurt und bei einer Nazi-Demo in Rüsselsheim.

Es sei bedauerlich, dass sich nicht noch mehr Mitglieder beteiligt hätten. Zu Themen wie „Verhalten vor Gericht“, „Steuerreform“ und „Terrorismus“ habe die BZG eigene Seminare veranstaltet. Die „After-Work-Party“ hätte besser besucht sein können, klagte Büttner.



Ein Blick auf eine Delegation, wo es immer etwas zu tun gab. nw

Job-Ticket für Polizeibeamt/innen

Neben den vorgeschriebenen Satzungsänderungen wurden auch Forderungen aufgestellt nach einem Jobticket für Polizeibeamt/innen, die Festschreibung von Sonderleistungen für die Polizei, eine Neuregelung der Dienstaltersstufen, die Einführung eines abgespeckten Familienbeitrags oder ein Beitrag „light“, wenn mehrere Familienmitglieder in der GdP sind.

Gefordert wurden auch eine Festlegung der Marke „GdP“ bei Neumitgliedern und die Anschaffung einheitlich schwarzer Kladden mit silberner Aufschrift.

Es hängt alles an der Dienstrechtsreform

Der neue Tarifvertrag Hessen (TVH) sei nicht schlechter als der alte TdL, der in anderen Ländern gelte, versicherte der GdP-Vorsitzende Jörg Bruchmüller bei der Delegiertenkonferenz Südhessen in Stockstadt. Die GdP habe hier mit den anderen ÖD-Gewerkschaften ein gutes Ergebnis erzielt. Dazu gehöre jetzt aber auch die Anpassung der Dienstrechtsreform (Besoldung, Versorgung, Laufbahnrecht, Beihilfe). In Kooperation mit der DPoIG und dem BDK wolle man die Dinge angehen. Lebens- und Wochenarbeitszeit könnten mit Beihilfe oder Besoldung aufgerechnet werden. Es gelte, den Flaschenhals zur A11 zu öffnen. Die Politik habe gemerkt,

dass sie nicht nur mit der GdP verhandle, sondern mit allen Polizeigewerkschaften. Eine Zwischenlösung (A10 mit Zulage) koste pro Jahr etwa 500.000 Euro. Das seien 0,8 Prozent des Polizeihaushaltes oder 0,08 Prozent Gehaltserhöhung. Die Politik müsse begreifen, dass die Polizei nicht das Sparschwein der Nation sein könne. Wenn dann auch noch die Versorgungsrücklage angerührt werde, müsse ein kollektiver Aufschrei kommen.

Dass es zu wenige Beschäftigte bei der Polizei gäbe, hätten jetzt auch die Polizeipräsidenten zugegeben, die vor der Landtagswahl noch „auftragsgemäß“ die Zahlen der GdP bezweifelt hätten. Das sei ein

typisches Zeichen, dass sich, zumindest in Hessen, eine „Führungskraft“ nicht vor die Polizei stelle. Es sei an der Zeit, dass sich die GdP neu positioniere. „Wir sind das Original“ gelte für die GdP, rief Bruchmüller den Delegierten zu.

„Teile und herrsche“ sei Vorüber. Jetzt gelte es, gemeinsam weiter zu arbeiten, junge Leute an die Gewerkschaftsarbeit heran zu führen, so wie Toni Pedron, Vorsitzender der Jungen Gruppe. Es gelte, möglichst viele Mitglieder zu gewinnen, um zu unterstreichen, dass die GdP stark sei. Die Rede von Jörg Bruchmüller wurde nicht nur mit Beifall bedacht, es entwickelte sich auch eine lebhaft Diskussion mit dem Landesvorsitzenden.

NW



Antje Heuser, v.l., Mitarbeiterin der Signal-Iduna-Versicherung, erklärt Sigi Gamperl, PSG-Geschäftsführer Henner Jud und Hans von Dungen, das neue zusätzliche Pflegekonzept für Pensionäre. nw

Gemeinsam Verantwortung übernehmen

Landeskongressen der GdP-Personengruppen Frauen, Junge Gruppe, Senioren

Mit einem Lob für die Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle der hessischen GdP und die Vorstände der Personengruppen (Frauengruppe, Junge Gruppe, Senioren) eröffnete Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller die Konferenzen der GdP-Personengruppen im Schlosshotel Weilburg. Es sei nicht nur gut, gemeinsam zu tagen (jede Gruppe getrennt), es sei auch gut, mit dem einheitlichen Logo „Gemeinsam Verantwortung übernehmen“, die Zusammengehörigkeit von Alt und Jung, Frauen und Männern zu demonstrieren. Die Gesellschaft habe sich in den vergangenen Jahren rasant verändert und es gelte für die GdP, sich dieser Veränderung anzupassen, sich ans Werk zu machen für die Landesdelegiertenkonferenz im Frühjahr 2010. Ob besondere Fragen von und für Frauen, ob Beihilfebearbeitung, ob Arbeitsbereiche im Schichtdienst oder andere Dinge, die die Polizeibeamt/innen oder Tarifbeschäftigten betreffen, das alles seien nicht nur Fragen für den geschäftsführenden Vorstand. Die Gewerkschaft der Polizei sei eine moderne Gewerkschaft, da reiche es nicht, nur Flugblätter auszuhängen, da sei auch das direkte Gespräch vor Ort notwendig.



Weilburgs Bürgermeister Hans-Peter Schick (rechts) und der GdP-Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller (links) begrüßten die Delegierten der Personengruppenkonferenzen. NW

Wo „Direktion“ drauf stehe, müsse auch ein Direktor drin sein, forderte Bruchmüller. Wenn irgendwo „DGL“ stehe, müsse auch ein PHK die Verantwortung haben. Der Innenminister wisse, was die Polizei leiste. Er wisse, dass der Polizeikörper geschont werden müsse. Da müssten Wochen- und Lebensarbeitszeit gegeneinander aufgerechnet werden. Da habe die GdP („das Original“) die Kooperation mit DPoIG und BDK gesucht um zu zeigen, dass die Polizei mit einer Zunge spreche. Es sei erfreulich, dass von 520 Neueinstellungen 450 Polizeianwärterkommissar/innen den Weg zur GdP gefunden hätten. Das unterstreiche einmal mehr, wie wichtig eine gute Vertrauensleutekonzeption sei.

„Tritt frisch auf, mach’s Maul auf, hör bald auf“. Mit diesem Spruch von Martin Luther begrüßte Weilburgs Bürgermeister Hans-Peter Schick die Delegierten. Dank des guten Kontaktes mit Lothar Hölzgen stimme das Miteinander von Bevölkerung und Polizei. Weilburg sei nicht nur eine mittelalterlich geprägte Stadt, es sei auch die Stadt des ersten deutschen Königs (Konrad I. 911-918), des ersten deutschen Parlamentspräsidenten (Heinrich von Gagern, 1848/49), des weltweit einzigen Tunnelsystems für Schiff, Auto und Bahn und auch G.F. Unger einst bekannter Wild-West-Schriftsteller und die RAF-Terroristin Ulrike Meinhof hätten ihre Wurzeln in der Lahnstadt gehabt.

NW



„Gemeinsam Verantwortung übernehmen“, das Logo für die GdP-Personengruppen. gdpnw

Seniorenarbeit auf stabilere Füße gestellt

Kaum Veränderungen im Vorstand der GdP-Seniorengruppe

Besonders lang war der Bericht des GdP-Seniorenvorsitzenden Norbert Weinbach nicht bei der Delegiertenkonferenz der Senioren. Zum einen hatte der Vorsitzende den Bericht bereits vorab in der Deutschen Polizei veröffentlicht, zum anderen war Weinbach gerade aus dem Krankenhaus gekommen, wo er am Kopf operiert worden war.

Weinbach machte aber deutlich, dass der Landesseniorenvorstand in der abgelaufenen Legislaturperiode versucht habe, die Seniorenarbeit auf stabilere Füße zu stellen, das Programm abwechslungsreicher zu gestalten und dass der neue Vorstand bestrebt sein werde, diesen Kurs (u.a. Seminare, Ausflüge, Teilnahme am Süddeutschen Seniorentreffen, an Demonstrationen und eine bessere Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand der Senioren) fortzusetzen. Probleme gab es auch nicht zu dem Kassenbericht von Kurt Grede. Dem war zu entnehmen, dass die Seniorengruppe mit dem bereitgestellten Geld nicht auskommen konnte, da die zwei pro Jahr durchgeführten Seminare viel Geld gekostet haben. Das sei aber insofern kein Problem gewesen, als die GdP die Finanzierung gemeinsam mit dem PSHH übernommen habe. Da die Senioren auch Seminare zur „Vorbereitung auf den Ruhestand“ in ihrem Programm hätten, sei auch in Zukunft mit entsprechenden Mitteln aus dem Haushaltsposten „Seminare“ zu rechnen.

Diskutiert wurde vor allem über eine eventuelle Kürzung der Pensionen bei einem schmaler werdenden Budget von Bund und Ländern. Da müssten Rentner und Pensionäre vorsichtig sein und rechtzeitig auf die Barrikaden gehen.



Wieder zum Landesseniorenvorsitzenden gewählt wurde Norbert Weinbach. gdpnw

„Wenn der DGB uns nicht haben will, braucht er auch nicht unser Geld“, appellierte Bundesseniorenvorsitzender Artur Jung an die fast 100 anwesenden Rentner und Pensionäre. Der DGB wolle den Frauen und der Jugend das Stimmrecht im geschäftsführenden DGB nehmen. Wenn die rausgekegelt würden, habe der Antrag der Senioren das Stimmrecht zu erhalten, keine Chance.



Mit einem kleinen Präsent bedankte sich Gerhard Lehmann (Mitte), beim Bundes-Seniorenvorsitzenden Artur Jung, links, und bei Hans Adams. gdpnw



Blick auf die Delegierten im Schlosshotel. gdpnw

Neuer Vorstand

Dieter Kurth, Hilmar Lorenz und Bernhard Thomas wurden ebenso einstimmig zur Verhandlungsleitung gewählt wie Heinz Homeyer, Sigi Heck und Harald Dobrindt als Wahlprüfungs-, Mandatsprüfungs- und Wahlkommission. Kaum Veränderungen gab es bei der Wahl des Landesseniorenvorstands Norbert Weinbach (Südhessen) wurde ebenso wieder zum Vorsitzenden gewählt wie seine beiden Stellvertreter Gerhard Lehmann (HBP) und Hermann Müller (OH). Wiederwahl gab es auch für den Schriftführer Rolf Degenhard (SOH) und den Kassierer Kurt Grede.

Zum neuen stellvertretenden Schriftführer wurde in einer Stichwahl Harald Dobrindt (MH) gewählt. Er konnte sich eindeutig gegen Hans Werkmeister (Ffm) durchsetzen. Stellvertretender Kassierer wurde Wilfried Honecker (WH). Hans Werkmeister und Walter Kaiser (PZBH) fungieren als Beisitzer. Der gesamte Vorstand wurde auch als Delegierte für die Bundesdelegiertenkonferenz im April in Potsdam gewählt, Hilmar Lorenz und Gerhard Kastel wurden Ersatzdelegierte.

Ruhestandsbezüge sichern

Große Diskussionen gab es auch nicht bei den vorgelegten Anträgen. So soll der LBV aufgefordert werden, weiterhin pro Jahr zwei Seminare für Pensionäre zu genehmigen und die Kosten im allgemeinen Seminarplan festzuschreiben. Die GdP solle



Sie managten die Seniorenkonferenz, v.l., Bernhard Thomas, Dieter Kurth, Hilmar Lorenz. gdpnw

sich darum kümmern, dass ein Pensionsfonds für Beamt/innen erstellt wird. Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage in Hessen wieder eingeführt wird.

Die GdP wird aufgefordert, sich auch in Zukunft für die Beibehaltung des gesetzlichen Pensionsalters von 60 Jahren einzusetzen. Das Sterbegeld soll ab dem Jahr 2010 von zurzeit 410 auf 500 Euro erhöht werden. Der LBV wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass beim DGB das Antragsrecht für Frauen und Jugend erhalten bleibt und das Recht für Senior/innen neu geschaffen wird. Das gilt ebenso für die Beibehaltung/Schaffung eines Stimmrechts. Angenommen wurde auch der Antrag, die Delegiertenkonferenz der Senior/innen so zu gestalten, dass jede BZG zwei Grundmandate und pro angefangene 100 Mitglieder ein weiteres Mandat erhält. Die Einberufung der Landes seniorenkonferenz erfolgt durch den geschäftsführenden Landesvorstand.



„Man ist immer so alt, wie man sich fühlt“. gdpnw

Weiterbildung mit Internet

Das Wissen, das nicht nur Senior/innen benötigen, könne zukünftig nicht mehr alleine über Broschüren weitergegeben werden, erläuterte Dietmar Michael, Gewerkschaftssekretär der GdP, bei der Delegiertenkonferenz. Man habe das bisherige „AktivProgrammSenioren“ (APS), beschlossen in Magdeburg, neu gefasst und in erster Linie im Internet verankert. Alle Mitglieder hätten die Möglichkeit, sich mit ihrer GdP-Mitgliedsnummer in das Programm einzuschalten. Ein wichtiger Punkt sei der Ruhestand. Dazu gebe es zahlrei-



Gewerkschaftssekretär Dietmar Michael erklärte das AktivProgrammSenioren (APS) bei der hessischen Delegiertenkonferenz. gdpnw

che Hinweise wie „Gesund leben und essen“, „Betreutes Wohnen“, „Pflege und Pflegeversicherung“, „Sport im Alter“ aber auch die Regelung von Versicherungen oder das Thema „Erben und Vererben“. Betreuungsvorgang, Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und Ge-

neralvollmacht gehören aber auch dazu. Man kann sich informieren übers Einkaufen im Internet, dort den Urlaub buchen, über den Aufbau der GdP, die Richtlinien der Seniorenarbeit und vieles mehr.

Der alte und neue Landesseniorenvorsitzende Norbert Weinbach bedankte sich bei allen Mitgliedern, die geholfen hätten, diese Delegiertenkonferenz zu einem Erfolg werden zu lassen. gdpnw



Neu im Landesseniorenvorstand ist Harald Dobrindt aus Dillenburg. gdpnw

ZURÜCK ZUR 40-STUNDEN-WOCHE

Bayern beweist, dass man den Föderalismus nutzen kann

Seit fünf Jahren arbeiten Bayerns Beamt/innen nun schon 42 Stunden pro Woche. Der Druck von GdP und Verdi haben jetzt erreicht, dass dieses von CDU/FDP regierte Land in der Lage ist, sozial zu handeln. Wie Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) jetzt mitteilte, werde ab dem Jahr 2012 noch 41 und ab dem Jahr 2013 nur noch 40 Stunden gearbeitet. Das entlastet vor allem die im Schichtdienst tätigen Beschäftigten. Die Hessen-GdP ist auch daran, die 42-Stunden-Woche zu beenden. Die Zeichen stünden positiv, hatte der Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller bei den Delegiertenversammlungen in Weilburg durchblicken lassen. nw

Gewerkschaften sind das stärkste, was die Schwachen haben

Vor 60 Jahren wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) gegründet

Am 13. Oktober 1949 wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit einstimmigem Beschluss gegründet. „Seitdem hat der DGB dafür gekämpft, unser Land sozialer, menschlicher und lebenswerter zu machen und unsere Gesellschaft demokratischer und gerechter zu gestalten. Seitdem streiten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften selbstbewusst für sozialen Fortschritt. Seitdem kämpfen wir für Demokratie und Freiheit, gegen alte und neue Nazis, gegen Antisemitismus und Fremdenhass“, beschrieb der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die wesentlichen Aufgaben des DGB in der Oktober-Ausgabe des Beamten Magazins. Millionen von Menschen unterschiedlichster Herkunft, Weltanschauung, Religion oder Rasse seien Mitglieder in den Einzelgewerkschaften. „Der und seine Gewerkschaften sind das stärkste, was die Schwachen haben“, fasste Sommer die damals gesetzten und heute noch gültigen Ziele zusammen.



Zum 1. Mai gab der DGB immer wieder interessante aber teilweise auch ketzerische Plakate heraus. nw

Aus 16 nach dem II. Weltkrieg gegründeten Branchengewerkschaften entstand auf dem Gründungskongress in München der DGB. Hans Böckler wurde zum ersten DGB-Vorsitzenden gewählt. Gemeinsam hatte man sich darauf verständigt, parteipolitisch unabhängig zu sein, aber als Interessensvertreter der Arbeitnehmer/innen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. Auch wenn die 1951 beschlossene Montanmitbestimmung für die Stahl- und Kohleindustrie nicht übernommen werden konnte, so wurden doch die Mitwirkungsmöglichkeiten für personelle und soziale Probleme Schritt für Schritt ausgebaut.

einsetzende Beschäftigungskrise ein. Ende der 70er-Jahre blies der Konservativ-liberalen Regierung unter Helmut Kohl der Wind ins Gesicht. Das gewerkschaftliche Ziel, die Mitbestimmung deutlich auszuweiten, war auf der Strecke geblieben.

Deutsche Einheit

Die Wiedervereinigung Deutschlands nahm den DGB und seine Einzelgewerkschaften stark in Anspruch. Auch die Auswirkungen der Globalisierung und der digitalen Revolution machten sich zunehmend bemerkbar. 1996 wurde in einem neuen Grundsatzprogramm beschlossen, die sozial regulierte Marktwirtschaft zu sichern und auszubauen. Verschiedene Einzelgewerkschaften schlossen sich zusammen, Auch die DAG wurde mit der Gründung von Ver.di unter das Dach des DGB geholt. 1998 übernahm Rot-Grün die Regierung im Bund. Für den DGB war das aber keine reine Freude. Das Bündnis für Arbeit scheiterte. Stattdessen kam mit Hartz IV und der Agenda 2010 der größte Sozialabbau. Da halfen auch die Proteste der Arbeitnehmer/innen nichts. Es wurde auch nicht besser, als 2005 eine große Koalition die Regierung übernahm. Einer kurzen Erholung 2006 folgte im Jahr 2008 die bisher größte Weltwirtschaftskrise. Da half es auch nichts, dass der DGB seit Jahren vor den Gefahren unregulierter Finanzmärkte und unkontrollierter Bankenmacht gewarnt hatte. Die Gefahr hatte auch Bundespräsident Horst Köhler erkannt: „Eine grundlegende Reform der Weltfinanzordnung verlangt auch die Beteiligung der Gewerkschaften“, sagte er bei



Die Urkunde zur Gründung des DGB im Oktober 1949. nw

Schafft die Einheit

„Schafft die Einheit“, war der Appell von Wilhelm Leuschner nach zwölf Jahren Naziherrschaft. Aus den bitteren Erfahrungen der Weimarer Republik und der Kriegsjahre hatte man Erfahrungen gezogen.

Lohnerhöhungen, Urlaubsverlängerung und Arbeitszeitverkürzung standen im Mittelpunkt der Wirtschaftswunderjahre. 1974 leitete der DGB unter Oskar Vetter unter dem Stichwort „Humanisierung der Arbeit“ eine Debatte gegen die

der DGB-Feierstunde. Er forderte die Gewerkschafter weltweit auf: „Mischen sie sich ein und schließen sie ihre Reihen auch über Ländergrenzen hinweg“!

Gewerkschaften sind unbequem

„Wirklich freie Gewerkschaften, das wissen alle Regierungen, können auch unbequem sein. Als unabhängige Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft, als Sprachrohr und Anwalt einer breiten Arbeitnehmer-schaft müssen sie es auch sein. Nach 60 Jahren bleibt jedenfalls

festzuhalten: Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie haben die Bundesrepublik Deutschland positiv geprägt“. So formulierte es die alte und neue Bundeskanzlerin Angela Merkel. Man darf gespannt sein, was sie daraus macht. nw

Mike Majewski im Amt bestätigt!

„Ordnungshüter schlagen Alarm – GdP kritisiert Stellenabbau“

„Ordnungshüter schlagen Alarm“. Mit dieser Überschrift berichtete u.a. das „Starkenburger Echo“ ausführlich über die Mitgliederversammlung der GdP-Kreisgruppe Bergstraße. Dabei war die Personalsituation nur einer von vielen Kritikpunkten die bei der Versammlung der GdP Anfang Oktober „Im Stadtgraben“ in Heppenheim vorgetragen wurden. Vorsitzender Mike Majewski begrüßte die Mitglieder und bedankte sich beim Polizeivizepräsidenten Uwe Brunnengräber, dem Bezirksgruppenvorsitzenden Rolf Büttner und auch bei den Pressevertretern für ihr Kommen. Leider musste der GdP-Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller wegen einer Erkrankung kurzfristig seine Teilnahme absagen. Den gewerkschaftlichen Vortrag übernahm der stellvertretende KG-Vorsitzende Michael Schweikert.

der Beschäftigten beim PP Südhessen belegten seit 2001 den kontinuierlichen Personalabbau. Trotzdem dementierten die politisch Verantwortlichen, dass es einen Personalabbau gegeben habe. Selbst bei der GdP Postkartenaktion, wo auch die Zahlen des Personalabbaus aufgezeigt worden waren, behauptete das Innenministerium nur, dass diese Zahlen falsch seien – es hat sich aber auch niemand getraut eigene (richtige?) Zahlen zu nennen. Auch der Landespolizeipräsident hatte viele Polizeipräsidenten davon überzeugen können (mit Ausnahme derer, die unmittelbar vor der Ruhestandsversetzung standen), einen gemeinsamen offenen Brief zu verfassen, wo öffentlichkeitswirksam einmütig ein Personalabbau dementiert wurde. Hier haben sich die Entscheidungsträger den politischen Vorgaben ohne erkennbaren Widerstand gefügt.

Polizeirepräsentanten öffentlich kritisiert werden.

Luftschlösser gebaut

In Hessen kommen öffentlichkeitswirksam präsentierte Projekte, wie das „Netzwerk gegen Gewalt“, wo über die Medien „92 neue Stellen“ präsentiert wurden. Tatsächlich wurden aber nur die Bürger/innen angelogen weil es diese Stellen gar nicht gab und bis heute nicht gibt. Richtigerweise hätten bereits im Jahr 2006 entsprechende Neueinstellungen erfolgen müssen – dies war aber definitiv nicht der Fall. Ganz im Gegenteil wurden in 2006 (wie in den Vorjahren auch) deutlich weniger Polizeibeamt/innen eingestellt als Ruhestandsversetzungen erfolgten.

Selbst die Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 42 Stunden hat nicht dazu geführt, dass sich die Mehrarbeitsstunden reduziert haben. Derzeit schiebt das PP Südhessen noch rd. 230.000 Stunden vor sich her. Da hilft es auch nicht, dass für das Jahr 2009 insgesamt 490.000 Euro für die Vergütung von Mehrarbeitsstunden zur Verfügung stehen. Eher zaghaft wird dieses Angebot wahrgenommen. Das lässt sich einerseits damit erklären, dass bei der Bruttovergütung von 17 Euro nicht wirklich viel übrig bleibt. Andererseits ist aber auch festzustellen, dass als Folge von ständigen Verstärkungsdiensten und Sondereinsätzen die planbare Freizeit sehr eingeschränkt ist. Ein Freizeitausgleich wird demnach oft viel höher bewertet als die finanzielle Entschädigung.

Polizeivizepräsident Uwe Brunnengräber bestätigte indirekt, dass es beim PP Südhessen personelle Engpässe gibt. Er verwies aber auch



Gut besucht war die Mitgliederversammlung der Bergsträßer GdP ms

Personalabbau macht zu schaffen

Zu kritisieren gab es eine Vielzahl von Verfahrensweisen „die aus gewerkschaftlicher Sicht schon lange nicht mehr zu akzeptieren sind“, so Michael Schweikert. Die angespannte Personalsituation und ein Personalabbau von rund 10 Prozent

Menschlich könnte man dafür sicherlich noch Verständnis haben. Fehlende Solidarität für den Dienstherrn oder gar öffentliche Kritik würden in Hessen unmittelbar die Berufskarriere beenden. Im Vergleich dazu wünscht man sich Verfahrensweisen wie in Baden Württemberg. Dort ist es gängige Praxis, dass Fehlentwicklungen auch von

darauf, dass im Jahr 2009 bereits 550 Neueinstellungen erfolgt und im Jahr 2010 weitere 550 Neueinstellungen vorgesehen sind.

Das bedeute, dass diese Zahlen deutlich höher sind als die jährlichen Ruhestandsversetzungen (ca. 400 jährlich).

Mike Majewski wieder gewählt

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde auch der Vorstand der KG neu gewählt und der Vorsitzende einstimmig im Amt bestätigt. Zu Stellvertretern wurden Uschi Hess, Friedrich Rindfleisch, Dietmar Rodenheber und Michael Schweikert gewählt. Dem Vorstand gehören weiterhin Gisela Reiff, Ingrid Domsel, Jörg Gaulrapp, Michael Hartmann, Eric Grentzius und Karl Fischer an.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden noch die Kollegen Norbert Ferdinand und Peter Stangner für ihre 50-jährige Mitgliedschaft in der GdP geehrt. ms



GdP-Vorsitzender Mike Majewski (Mitte), gratulierte Norbert Ferdinand (links) und Peter Stangner zur 50jährigen Mitgliedschaft. ms

Bald Bahn statt Streifenwagen?

Polizeichefs stehen zu Gewerkschaftsforderungen

„Bald Bahn statt Streifenwagen“? So lautete die Überschrift eines Zeitungsartikels am 13. Oktober 2009 im „Südhessen Morgen“. Die gewerkschaftliche Kritik richtete sich gegen Einsparvorgaben als Folge der leeren Kassen beim Polizeipräsidium Mannheim. Die Vorwürfe, dass das Schießtraining eingestellt werden sollte, defekte Polizeimotorräder nicht mehr repariert, Fortbildungen gestrichen werden, aber auch Streifenfahrten reduziert werden sollen, erinnert an ein Armutszugnis zu Lasten der Polizeibeschäftigten. Selbst bei dem Großeinsatz „Veterama“ wurde aus Spargründen keine Verpflegung für die Einsatzkräfte ausgegeben.

Anders als bei den Polizeiverantwortlichen in Hessen, bestätigte der Mannheimer Polizeipräsident Gerhard Klotter die gewerkschaftlichen Vorwürfe auch gegenüber der Presse, ohne über die Missstände ein „Deckmäntelchen“ zu hängen. Vorwürfe, dass das Schießtraining eingestellt werden sollte, bestätigte er zwar nicht, stellte aber klar, dass die Anlage aus Kostengründen nicht mehr gewartet werde und spätestens wenn der Geschosfang voll ist, kein Schießbetrieb mehr stattfinden könne. Geplante Lehrgänge für dieses Jahr sollen noch durchgeführt, aber keine neuen Lehrgänge mehr

gebucht werden. Er selbst habe wegen der Fahrt- und Seminarkosten auf ein Seminar verzichtet, um mit gutem Beispiel voranzugehen. Klotter dementierte zwar, dass bei den Streifenfahrten gespart werde, er hielt es in dem Pressegespräch aber auch für denkbar, dass Ermittlungsvorgänge mit der Straßenbahn abgearbeitet werden könnten.

Vorwürfe der GdP bestätigt

Unter dem Strich wurden die gewerkschaftlichen Vorwürfe bestätigt. Nur so ist es aber auch möglich, auf

die politisch Verantwortlichen Druck auszuüben, um die Missstände abzustellen. In der Folge wurde in der Presse zwei Wochen später berichtet, dass das Regierungspräsidium in Karlsruhe der Mannheimer Polizei einen Finanzausschuss in Höhe von 100.000 Euro zugesteht, der nach Auffassung des Polizeipräsidenten die größten Schwierigkeiten beseitigen sollte. Trotzdem müsse eine Vielzahl der vorgegeben Sparmaßnahmen weiterhin bestehen bleiben.



Gespart wird überall. gdpnw

Zu der prekären Haushaltssituation sei es gekommen, nachdem das Finanzministerium Anfang des Jahres zehn Prozent des Budgets aller Polizeidirektionen als „Steuerreserve“ eingefroren habe. Davon seien im Laufe des Jahres nur fünf Prozent wieder frei gegeben worden. Der jetzt gewährte Zuschuss für das Haushaltsjahr 2009 solle allerdings mit dem Budget des Jahres 2010 verrechnet werden, so dass vermutlich auch im nächsten Jahr damit zu rechnen ist, dass es bei der Mannheimer Polizei wieder zu finanziellen Engpässen kommen wird.

Nun können wir bei der hessischen Polizei froh sein, dass es hier noch nicht so weit gekommen ist. Es bleibt aber abzuwarten, ob wenig-

tens in einem solchen Falle die Polizeipräsidenten auch in Hessen öffentlich zu solchen Missständen stehen und angemessene gewerkschaftliche Kritik bestätigen. In der Vergangenheit war dies insbesondere im Zusammenhang mit der Personalsituation leider nicht der Fall. In diesem Zusammenhang darf man wiederum neidisch nach Baden Württemberg blicken.

Etwa zeitgleich mit der Postkartenaktion der GdP gegen den Personalabbau bei der hessischen Polizei gab es auch im Bereich der PD Heidelberg und des PP Mannheim eine Reduzierung des Personalbestandes. Damals hatten der Leiter der PD Heidelberg und der Mannheimer Polizeipräsident auch gegenüber der Presse den Personalabbau

bestätigt und in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass die Polizei als Folge der Personalreduzierungen einige Dienstleistungen für die Bürger/innen nicht mehr wie bisher bringen könne. Interessanterweise sind auch diese wünschenswert kritischen Dienstvorgesetzten nach wie vor noch im Amt. In Hessen scheint dabei eher die Angst um den Verlust des Dienstpostens umzugehen.

Damals hatten die hessischen Polizeipräsidenten noch den Personalabbau gegenüber der Presse dementiert und dies auch mit einem gemeinsamen Brief öffentlich zum Ausdruck gebracht, und das, obwohl ihnen schon damals bewusst war, dass ihnen personell das Wasser bis zum Halse stand. ms

Alt und Jung friedlich vereint

Familienfest und Pensionärstreffen Ende August im Polizeipräsidium Südhessen



Groß und Klein interessierten sich für den Polizeihubschrauber. PR

ums. Polizeipräsident Gosbert Dölger und Personalratsvorsitzender Michael Schweikert begrüßten die Pensionäre und alle Gäste und freuten sich, dass dieses gemeinsame Fest soviel Anklang gefunden habe.

Die Organisatoren hatten sich eine Menge einfallen lassen. Für die Kleinen gab es viel Unterhaltung, vom Fahrradparcours über einen Malwettbewerb bis zur Hüpfburg. So konnten die Eltern bei Bier und Erbseneintopf oder auch bei Kaffee und Kuchen „mal die Füße baumeln lassen“. Die Leckermäuler erfreuten sich am Eisstand der GdP. Aber nicht nur die Kleinen waren beim kostenlosen Eislecken mehrmals zu sehen.

Sie kamen eigentlich gerne und in großer Zahl zum Pensionärstreffen des PP Südhessen nach Darmstadt, die früheren Mitarbeiter/innen dieser Institution. In diesem Jahr aber hatten Personalrat und Polizeipräsidium auf vielfachen Wunsch erstmals ein Familienfest für die aktiven Kolleg/innen gemeinsam mit dem traditionellen Pensionärstreffen für unsere „Altgedienten“ organisiert.

Pünktlich zu Beginn um elf Uhr füllten sich die Plätze im geschmückten Betriebshof des Präsi-



Karl-Heinz Treusch (rechts) vom PP Südhessen und ein Helfer versuchten, so schnell wie möglich die Luft aus der Hüpfburg zu drücken, damit der Hubschrauber landen konnte und nicht die Hüpfburg ins Fliegen kam. ms



Einmal auf einem Polizeimotorrad sitzen, ein Spaß, nicht nur für Buben. PR

Die Hundevorführung und die Hubschrauberlandung zogen Alt und Jung, Groß und Klein von ihren Sitzen zum Sportplatz. Die beiden Shows beeindruckten die Zuschauer und brachten den Akteuren viel Beifall ein. Auch das Wetter ließ sich nicht lumpen. Sonne und frische Briesen schoben die Wolken immer wieder beiseite. Es war ein rundum gelungenes Fest, das nach einer Wiederholung im nächsten Jahr ruft.

Peggy Rynow



Fingerabdrücke nehmen war ein besonderes Erlebnis für die Kinder. PR

Lob und Tadel zum Beförderungstermin

Späte Stellenausschreibungen – lange Auswahlentscheidungen

Sehr holprig verlief aus Sicht des Personalrats das Beförderungsverfahren zum Beförderungstermin 1.10.2009. Vor allem die relativ späten Stellenausschreibungen und die in der Folge lange andauernden Auswahlentscheidungen führten dazu, dass beim PP Südhessen erst Ende September die ersten Beförderungsurkunden ausgehändigt werden konnten.

Dabei ist es nachvollziehbar, dass zunächst die Wertigkeiten in der Besoldungsgruppe A 13 ausgeschrieben werden, um, je nach Ergebnis der Auswahlverfahren, die Nachfolgestellen in A 12 ansiedeln zu können. Gleiches gilt auch für Stellenausschreibungen zur A 11.

Nicht zu entschuldigen ist allerdings die Tatsache, dass die Beförderungsmöglichkeiten zur A 10 erst am 23. September erfolgten. Selbst wenn die Anzahl der Beförderungsmöglichkeiten erst sehr spät festgestanden hat, kann man das nicht gelten lassen. Es ist allerdings zutreffend, dass sich die Anzahl der Beförderungsmöglichkeiten am Stellenplan orientiert. Diese Zahl variiert durch Hinzuversetzungen zum Versetzungstermin oder auch durch Rückkehrer/innen aus Elternzeit, Verlängerungen von Lebensarbeitszeiten und steht tatsächlich erst im Laufe des Monats Oktober verbindlich fest.

Diese Problematik hat das PP Südhessen bereits in der Vergangenheit dazu veranlasst, unter dem



PVP Uwe Brunnengräber überreicht Sabine Siebel die Urkunde zur Polizeihauptkommissarin. ms

Vorbehalt der stellenplanmäßigen Verfügbarkeit, mehr Stellen auszu-schreiben als voraussichtlich befördert werden können.

Es gibt daher keinen Grund bei dieser Verfahrensweise die Ausschreibungen unnötig nach hinten zu schieben. Die Behördenleitung hat nach Kritik des Personalrates zugesichert, dass zum nächsten Termin eine deutlich frühere Stellenausschreibung erfolgen wird.

Zum Beförderungstermin 1.10.2009 gab es erfreulicherweise Stellenhebungen, die den Präsidien erst im September zweckgebunden, beispielsweise für Netzwerk gegen Gewalt, ZÜRS (Zentrale Überwachung rückfallgefährdeter Sexualstrafäter) oder auch bei der Fallanalyse beim Lagebild, zusätzlich als Beförderungsmöglichkeiten zugestanden wurden. Dies hat dann zwangsläufig auch zu sehr späten Stellenausschreibungen geführt.

Grundsätzlich sind zusätzliche Stellenhebungen natürlich zu begrüßen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass das LPP hiermit einen Einfluss auf die Ansiedlung von Beförderungsmöglichkeiten nimmt.

In diesem Zusammenhang ist darauf zu achten, dass diese Stellenhebungen nicht zu einem späteren Zeitpunkt beim PP Südhessen wieder in Abgang gestellt werden. Diese späte Stellenausschreibung hat in einem Falle aber auch dazu geführt, dass nach Abschluss des Auswahl-



Sie freuten sich über ihre Beförderung im Oktober. ms

verfahrens die Beförderung wegen fehlender laufbahnrechtlicher und persönlicher Voraussetzungen nicht zum Beförderungstermin 1.10.2009 vollzogen werden konnte.

In diesem Falle war es nicht mehr möglich, die vorgegebene dreimonatige Probezeit auf dem höher zu bewertenden Dienstposten zu ab-

solvieren. Diese Probezeit ist immer dann zwingend erforderlich, wenn beispielsweise nicht ein Stelleninhaber den Zuschlag für den Dienstposten erhält.

Der Personalrat hat deswegen bei der Behördenleitung angeregt, kurzfristig noch eine Beförderungsmöglichkeit zur A 11 anzusiedeln.



Die zweite Gruppe der Beförderten. ms

Diesem Vorschlag ist die Behördenleitung gefolgt und hat mit einer verkürzten Bewerbungsfrist von einer Woche noch eine Stelle beim „Besonderen Bezirksdienst“ in Reinheim als Beförderungsmöglichkeit ausgeschrieben. Nachdem es für diese Stelle allerdings zunächst drei Bewerber gab, schien es so, dass diese Beförderung mit Wirkung vom 1.10.2009 nicht mehr vollzogen werden könnte. Dies hätte bedeutet, dass die Beförderungsmöglichkeit erst zum 1.4.2010 wirksam geworden wäre. Aufgrund dieser Gesamtumstände haben sich zwei Mitbewerber dafür entschieden, noch kurzfristig ihre Bewerbung zurück zu ziehen. So gab es am 30.10.2009 noch ein Happy End. Polizeipräsident Gosbert Dölger überreichte POK Rolf Roth die Beförderungsurkunde zum Polizeihauptkommissar. ms

Personalabbau nach dem Zufallsprinzip geht weiter!

Künftig keine Ersatzgestellung mehr bei Abordnungen zu Auslandsmissionen

Die miserable Personalsituation bei der hessischen Polizei ist häufig ein Thema für Gewerkschafter und Personalräte. Gerade konnte man den Eindruck bekommen, dass auch die politisch Verantwortlichen zu der Erkenntnis gelangt sind, dass regelmäßige Verstärkungsdienste und Sondereinsätze sowie Mehrarbeitsstunden erforderlich sind, um den Dienstbetrieb aufrecht zu erhalten. Zwangsläufig führten diese Umstände aber zu einer extremen Arbeitsverdichtung, so dass viele Beschäftigte an ihrer Belastungsgrenze angekommen sind bzw. diese bereits überschritten haben. Kontinuierlich ansteigende Krankheitsraten und die zunehmende Anzahl eingeschränkt polizeidienstfähiger Kolleg/innen sind dafür eindeutige Belege. Die erhöhten Einstellungszahlen in 2009 und die vorgesehenen Einstellungen in 2010 sollten zumindest ab 2012 für eine personelle Entspannung bei den Präsidien führen. Inwieweit davon allerdings die Flächenpräsidien oder die Bereitschaftspolizei profitieren werden, ist noch offen. Sicher ist, dass sich die Einsatzeinheiten bei der HBP um rund die Hälfte reduziert haben und zu Spitzenzeiten bis zu

190 Kolleg/innen zu anderen Präsidien abgeordnet waren.

Vermehrte Abordnungen zu Lasten der Flächenpräsidien

Ziel des LPP ist es daher, die Abordnungen aus der HBP erheblich zu reduzieren. In einem ersten Schritt werden für Abordnungen zu Auslandsmissionen bei den Flächenpräsidien künftig keine Ersatzgestellungen mehr erfolgen. Derzeit sind die auf freiwilliger Basis durchgeführten Auslandsmissionen mit hessenweit durchschnittlich 15-20 Missionen noch recht überschaubar. Der Trend geht allerdings dahin, dass nicht nur die Bundeswehr, sondern auch Polizist/innen vermehrt in Krisengebieten Unterstützung leisten sollen. Alleine für Afghanistan seien ab 2010 bundesweit 1200 polizeiliche Auslandsmissionen vorgesehen. Egal wie man zu diesen Auslandsmissionen steht, bedeutet jede eine weitere Reduzierung des Personalbestandes.

Vielleicht möchte das Land Hessen mit dem Verzicht auf Ersatzgestellung bei den Organisationseinheiten in den Flächenpräsidien aber auch nur darauf hinwirken, dass möglichst wenige Interessenten für

Auslandsmissionen übrig bleiben? Vor künftigen Entscheidungen zur Teilnahme an Auslandsmissionen werden demnach nicht mehr nur ideelle Gedanken und eine Abklärung im privaten Umfeld, sondern auch die dienstlichen Interessen vor Ort in den Entscheidungsprozess mit einbezogen werden müssen.

Auf jeden Fall wird dieser Personalabbau abermals nach dem Zufallsprinzip erfolgen. Diese Verfahrensweise reiht sich ein in die bisherige Praxis des LPP bei Personalreduzierungen. Bereits der Abbau von 360 Vollzugsstellen durch die PVS (alle Ruhestandsversetzungen in den Besoldungsgruppen A 9/10 in den Jahren 2007/2008) erfolgte nach dem Zufallsprinzip. Zu Lasten der Bereitschaftspolizei wurden bei den Flächenpräsidien nur dort wieder Stellen nach besetzt, wo die Ruhestandsversetzungen über die PVS unmittelbar aus dem Wechselschichtdienst erfolgt sind.

Nachdem auch bei der HBP die Einsatzkräfte sukzessive abgebaut wurden, ist nun auch die längst überfällige Entscheidung getroffen worden, mittels Einrichtung einer „Stellenbörse“ das „überzählige

Stammpersonal“ in einer bereits festgelegten Größenordnung von 28 Beamt/innen auf die Flächenpräsidien zu verteilen. Zufälligerweise soll keine dieser Stellen zum PP Südhessen verlagert werden. Interessanterweise soll aber das PP

Nordhessen neun Stellen davon bekommen, obwohl in diesem Jahr bereits eine „Technische Einsatzinheit“ der HBP ausschließlich zu Gunsten des PP Nordhessen aufgelöst worden ist. Bei solchen Verfahrensweisen herrscht dann schon der

Eindruck vor, dass es weder für den Personalabbau, noch für die Personalverteilung nachvollziehbare und transparente Konzepte gegeben hat. ms

Dienstjubiläen

Respekt und Anerkennung für viele Schutzleute



25 und 40 Jahre sind die Schutzleute bei der Polizei, die bei einer gemeinsamen Veranstaltung ihre Jubiläumsurkunden erhielten. ms

Zahlreiche Urkunden zum Dienstjubiläum händigte Vizepräsident Uwe Brunnengräber bei einer zentralen Veranstaltung im Polizeipräsidium Südhessen aus. Die anwesenden Jubilare brachten es auf stolze 575 Dienstjahre – oder - anders ausgedrückt, auf 210.000 Tage.

Mit diesen beeindruckenden Zahlen begrüßte der Vize in einer humorvollen Rede die Jubilare zu ihrem 40- und 25-jährigen Dienstjubiläum. Für diese vielen Dienstjahre, in denen die Schutzleute für die Bürger/innen ihren Dienst versehen haben, zollte er Dank, aber auch Respekt und Anerkennung.

Vom Mann im Mond zur RAF

Bei den Jubilaren handelte es sich um die Eintrittsjahrgänge 1969 und 1984. In einem kurzen Rückblick rief Brunnengräber in Erinnerung gerufen, was in diesen Jahren an herausragenden Ereignissen stattgefunden hat.

1969 zählen dazu die Wahl des 37. Präsidenten der USA, Richard Nixon und der Rücktritt des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle. Neil Armstrong betrat am 21. Juli als erster Mensch den Mond. Der weithin bekannte Jum-

bo-Jet hatte in diesem Jahr seinen Jungfernflug und mit der französischen Concorde durchbrach erstmals ein Flugzeug die Schallmauer. Der Deutsche Bundestag schaffte die Zuchthausstrafe ab und stellte Homosexualität und Ehebruch straf-frei.

Auch 1984 war es ein Kommen und Gehen. Während Richard von Weizsäcker zum sechsten Bundespräsidenten gewählt wurde, trat Otto Graf Lambsdorf im Zusammenhang mit der Flick Spendenaffäre als Bundeswirtschaftsminister zurück. Im April wurde, begleitet durch gewalttätige Ausschreitungen, die umstrittene Startbahn 18 West in Betrieb genommen. Im Juli wurden in Frankfurt/Main sechs mutmaßliche Mitglieder der RAF festgenommen.

Brunnengräber erinnerte daran, dass die älteren Jubilare als Polizeiwachtmeister und die jüngeren als Polizeihauptwachtmeister-Anwärter ihren Dienst angetreten haben. Schlagworte wie Gemeinschaftsunterkunft, Mehrbettzimmer, gewöhnungsbedürftige Dienstkleidung, Meldung machen, Antreten oder Stubendurchgang wurden wieder ins Gedächtnis gerufen. Dabei war sich auch der Vizepräsident be-

wusst, dass es in den vergangenen 25 bzw. 40 Dienstjahren sicher Schönes und weniger Schönes, Höhen und Tiefen, Freud und Leid gegeben habe. Mit der Aushändigung der Urkunden bedankte sich Uwe Brunnengräber für das bisher gezeigte Engagement, verbunden mit der Hoffnung auf eine weitere gute und konstruktive Zusammenarbeit. Dies sollte aber nicht nur für die bei der Veranstaltung anwesenden Kolleg/innen, sondern auch für die gel-ten, für die wir alle da sind: Die Bürgerinnen und Bürger im Dienstbereich des PP Südhessen.

Den Anwesenden wünschte er weiterhin viel Gesundheit, persönliches Wohlergehen, Erfolg und auch in diesen nicht immer einfachen Zeiten, Zufriedenheit im Berufsleben. Personalratsvorsitzender Michael Schweikert konnte sich uneingeschränkt den Glückwünschen des Vizepräsidenten anschließen und überreichte den Jubilaren ein Wein-präsent. Im Anschluss an den offiziellen Teil gab es bei einer Tasse Kaffee noch die Möglichkeit, zusammen mit den Jubilaren viele Dienstjahre nachzubereiten und manches Highlight in Erinnerung zu rufen. ms

Es gibt Leute, die aus dem Grund in jeder Suppe ein Haar finden, weil sie, wenn sie dort sitzen, so lange den Kopf schütteln, bis eins hinein-fällt.

16 neue Wachpolizisten für PP Südhessen

Seit Einführung der Wachpolizei im Jahr 2000 verrichten rund 30 Wachpolizist/innen ihren Dienst beim PP Südhessen. Die Schwerpunkte der Tätigkeiten, die durch die Wachpolizei abgedeckt werden, liegen vorrangig bei Objektschutzmaßnahmen, Gefangenentransporten, Abschiebungen, Vorführungen, Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen, Unterstützungen des polizeilichen Einzeldienstes, aber auch bei der Verkehrsüberwachung.

Die Beschäftigten der Wachpolizei haben sich dementsprechend auch innerhalb der hessischen Polizei etabliert und sorgen bei der insgesamt mehr als angespannten Personalsituation für Entlastung.



Aushändigung der Schultüten an die „Neuen Azubis“. ms

Wachpolizist/innen herzlich willkommen. Neben den Abteilungsleitern begrüßte auch der Personalsprechersvorsitzende Michael Schweikert die „Neuen“ an ihrem ersten Arbeitstag beim PP Südhessen und

Auswahlverfahren als Beste bestanden hätten.

Erstmals werden die neu eingestellten „Wachpolizei-Azubis“ dezentral beim PP Südhessen ausgebildet. Hierbei wird die Direktion Verkehrssicherheit/Sonderdienste, wo die Wachpolizei originär angesiedelt ist, von Beschäftigten aus anderen Abteilungen unterstützt. Für den Fachunterricht wurde auch der in der Freistellungsphase der Alterszeit befindliche ehemalige Verwaltungsleiter des PP Südhessen, Dr. Dr. Wolfgang Pausch, reaktiviert. Herzlich begrüßt wurden die neuen Wachpolizist/innen auch vom Leiter der WaPo, PHK Norbert Spether. Den neuen Azubis wurde eine Schultüte mit dienstlichen Unterlagen und Süßigkeiten überreicht. Des Weiteren gab es eine Tasse und einen symbolischen „Roten Faden“, damit dieser nie verloren gehen möge. ms



16 Neue Wachpolizisten wurden dem PP Hessen zugeteilt. ms

Zum 1. September 2009 sind landesweit 150 Neueinstellungen bei der Wachpolizei erfolgt. Neben zwei schon vorhandenen Fehlstellen wurden dem PP Südhessen weitere 14 Stellen zugewiesen. In einer offiziellen Begrüßungsfeier hieß PP Gosbert Dölger die angehenden

wünschte für die anstehende Ausbildung viel Erfolg.

Er würdigte hierbei vor allem, dass sich die angehenden Wachpolizist/innen gegen eine Vielzahl von Mitbewerbern hätten durchsetzen müssen und das umfassende

Unfallversicherungsschutz verbessert

Weltweiter Schutz im Dienst und in der Freizeit

Millionär kann man nicht werden, wenn man einen Unfall erleidet. Die Gewerkschaft der Polizei hat aber für alle ihre Funktionäre eine Unfallschutzversicherung abgeschlossen, in Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner Polizeiversicherung AG (PVAG).

Wie die zuständige Kollegin Diana Lühr (nähere Auskünfte unter Telefon 0211-7104202) jetzt mitteilte, ist dieser bestehende Versicherungsschutz zum 1. Januar 2010 deutlich verbessert worden.



Versichert sind neben erhöhten Versicherungssummen im Todes- und Invaliditätsfall Bergungskosten, kosmetische Operationen sowie Kur- und Rehakosten. Außerdem wurde die Grundinvaliditätssumme mit einer Progression von 250 Prozent versehen. Damit ist die Höchstinvaliditätsleistung künftig auf 10.000 Euro erhöht.

Folgende Summen sind versichert:

- | 3000 Euro für den Todesfall
- | 4000 Euro für den Invaliditätsfall (mit Progression 250 Prozent)
- | 9000 Euro bei gewaltsamem Tod im Dienst durch eine vorsätzliche Straftat eines Dritten

- | 5000 Euro Bergungskosten
- | 5000 Euro kosmetische Operationen
- | 500 Euro Kur-/Rehakosten.

Dieser Versicherungsschutz gilt nicht nur während des Dienstes, sondern auch während der Freizeit – und das weltweit, gdpnw

„Spickmich“ ist rechtens Vorgesetztenbeurteilung im Internet?!

Eltern schulpflichtiger Kinder haben bestimmt schon davon gehört. Da gibt es nicht nur „Schüler-VZ“, sondern auch „Spickmich“ als Internetportal. Auf dieser Internetplattform können Schülerinnen und Schüler ihre Lehrerinnen und Lehrer anonym benoten.

Natürlich hatte eine Lehrerin dagegen geklagt und ihre Persönlichkeitsrechte verletzt gesehen (verständlich, denn sie wurde mit der Note 4,3 bewertet).

Schon vorm Landgericht und Oberlandesgericht Köln hatte sie verloren, also musste der Bundesgerichtshof entscheiden. Und der hat am entschieden, die freie Meinungsäußerung ist in diesem Falle

höher zu bewerten, als das informationelle Selbstbestimmungsrecht.

„Spickmich“ für Polizei

Beim Lesen dieser Nachricht kam mir der Gedanke, lässt sich das nicht auch bei der Polizei anwenden? Seit Jahren wird bei der hessischen Polizei über die „Vorgesetztenbeurteilung“ geschwätzt – nach dem Motto, Bedenken-träger aller Präsidien vereinigt euch. Angst fressen Seele auf, galt für viele Häuptlinge.

Deswegen, warum errichtet die GdP nicht eine Internetplattform, auf der Vorgesetzte auch anonym beurteilt werden? Man könnte beim Landespolizeipräsidenten anfangen und dann über die Polizeipräsi-

denten, den Abteilungsleiterinnen und -leitern zu den Direktionsleiterinnen und -leitern kommen. Immer hübsch von oben nach unten. Wäre doch mal ganz interessant und gäbe vielleicht eine ganz andere Sicht in den inneren Zustand der hessischen Polizei.

Möglicherweise lernten auch die eine oder der andere Vorgesetzte aus dem „Urteil“ und überdenkt nach schlechter Benotung das eigene Verhalten. Die klagende Lehrerin fing jedenfalls mit der Note 4,3 an und liegt unterdessen bei 3,1 in der Schüleregunst. – Also es geht doch!

Die BGH-Entscheidung hat übrigens das Aktenzeichen VI ZR 196/08. Dieter Kurth

Wer solche Freunde hat ...

Kuscheln bei der CDU

Es ist eine alte Weisheit, Freunde zu haben ist ein Segen. Allerdings, Parteifreunde zu haben kann auch ein Fluch sein. Das hat sich nicht nur in der Hessen-SPD herumgesprochen. Diese Erfahrung hat man auch in anderen Parteien schon gemacht – auch in denen, die ein C im Namen tragen, das für „christlich“ steht.

So auch Lucia Puttrich, frischgebackene Bundestagsabgeordnete der CDU aus dem Wetteraukreis. Sie hatte der SPD-Politikerin Nina Hauer sogar das Direktmandat abgenommen – obwohl ihr Parteifreund Klaus Minkel vor dem Wahlsonntag in einer Anzeige in der FAZ mit den Worten zitiert wurde, „mein

Vertrauen hat Frau Puttrich auf keinen Fall.“ Darunter wurde dann mit den Worten „Erststimme für Nina Hauer“ zur Wahl der SPD-Kandidatin aufgerufen.

Also dennoch gewonnen und natürlich war nicht nur bei ihr, sondern auch bei der CDU insgesamt die Freude groß. Gratulationen von allen Seiten und, man höre und staune, auch von jenem Klaus Minkel. Dieser ist Ex- und heutiger „Ehren“-Stadtrat Bad Vilbels, Ex-Bundestagsabgeordneter und CDU-Patriarch (manche nennen ihn auch Strippenzieher) in Bad Vilbel.

Also Parteifreund Minkel gratulierte auf seine charmante Art mit folgendem Text:

„Liebe Lucia,

du hast öffentlich deine Erwartung ausgedrückt, dass ich dir nicht zu deiner Wahl gratuliere. Da muss ich dich leider enttäuschen. Ich gratuliere dir zur Wahl, denn eine Abgeordnete ist besser als keine, obwohl bei dir Zweifel angebracht sind.

Ich verbinde dies mit dem Wunsch, dass du als Abgeordnete mehr bringst denn als Bürgermeister-

rin von Nidda oder als Kreisvorsitzende der Wetterauer CDU.

Weiter bin ich für dich ein „verbitterter alter Mann“. Verbittert ist falsch, denn es ging mir seit Jahrzehnten nicht so gut. Alter Mann ist richtig. Aber lieber ein alter Mann als junge Zicke/Göre.

Bis zum nächsten Mal

Klaus Minkel“

Zuviel versprochen?

Wer solche Freunde hat ... braucht keine Feinde.

Dieter Kurth

Quelle: Frankfurter Rundschau u.a.

Wer seine Mitmenschen achtet, wird selbst geachtet.

Talmud

Zwischen vorgestern und morgen

Kommissar Ulf Hornung und sein „Fall Ruhestand“

Schon der Titel des dritten Buches von Bodo Doering, Erster Kriminalhauptkommissar im Ruhestand, „Zwischen vorgestern und morgen“ erscheint auf den ersten Blick ein wenig obskur. Für ihn ist „zwischen“ der Zeitraum nach dem Ende der Dienstzeit (1999) bis zum zeitlich noch nicht erreichten „morgen“. „Vorgestern“ ist für ihn der dritte Lebensabschnitt, von dem er noch nicht genau weiß, wie lange er dauern wird. Mit diesem Buch vollendet der Autor, (er spielt den Kommissar Ulf Hornung) die Trilogie seines Lebens. Es begann mit „Die uniformierten Jahre des Ulf Hornung“ und wurde fortgesetzt mit „Der Mäusegittermann“. Beide Romane, in sich geschlossen, haben wir im Report vorgestellt. Auch wenn es meist um die Polizei in Südhessen geht, so ist auch der dritte Roman nicht nur für Polizist/innen lesenswert.

Kommissar Ulf Hornung ist sportlich interessiert, hält sich fit durch Muskelaufbautraining und lange Spaziergänge. Er sammelt als Ruheständler neue Eindrücke, wird von „erfahrenen“ Pensionären beraten,



Ein drittes Buch über sich und seine Polizei(pensionärs)zeit hat „Kommissar Ulf Hornung“ (Bodo Doering) jetzt veröffentlicht. Es ist nicht nur für Polizisten lesenswert. nw

bekommt von seiner Ehefrau die Grenzen des Mitwirkens im Haushalt aufgezeigt und bewegt sich (und seine Handlung) hauptsächlich im Heimatort Birkenau, im Weschnitztal und in Weinheim. Ulf Hor-

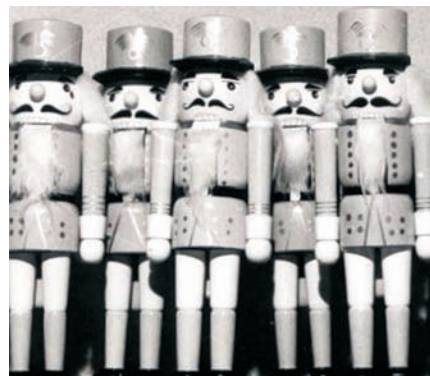
nung erzählt Geschichten aus seinem früheren und jetzigen Leben, erfährt am eigenen Leib, wie ungeschickt man sein kann und dass es hin und wieder doch besser wäre, einen Fachmann zu Rate zu ziehen. Der pensionierte Polizist wird gerne noch um Rat gefragt, er kümmert sich um den Fußballverein und auch um den deutsch-französischen Partnerschaftsverein. Ulf Hornung erzählt mit viel Humor kleine und große Geschichten, schon sich selbst nicht dabei und zeigt, dass auch das Älterwerden amüsant sein kann. Manches Missgeschick wäre ihm vielleicht erspart geblieben, hätte er vorher bei der Gewerkschaft der Polizei ein Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ besucht.

Wer ein kleines Geschenk sucht oder sich selbst eine Freude machen will, der kann das Taschenbuch „Zwischen Vorgestern und morgen“ (ISBN: 978-3-00-026888-5) für 11.90 Euro im Buchhandel erwerben.

nw

Rätsel

Auf einem Kiesweg wurde die Kutsche eines jähzornigen Edelmannes vom Karren eines Bauern angefahren. Wütend stieg der Edelmann aus und herrschte den Bauern an: „Du bist ein Mann des Todes! Aber ich will dir eine letzte Chance geben. Ich stecke in diesen Beutel einen weißen und einen schwarzen Kieselstein. Zieh mit verbundenen Augen einen der Steine. Ziehst du den weißen, magst du dei-



nes Weges gehen. Ziehst du aber den schwarzen, dann werde ich kurzen Prozess mit dir machen!“ Als der Edelmann sich bückte, sah der Bauer, dass er zwei schwarze Steine aufgehob und in den Beutel steckte. Sein Schicksal schien besiegelt, denn nun musste er auf jeden Fall einen schwarzen Stein ziehen, war also des Todes. Doch plötzlich kam ihm die rettende Idee. Er ließ sich die Augen verbinden, griff in den Beutel

und Ja, was tat er, um seinen Kopf doch noch zu retten?

Lösung

Er nahm zwar einen Stein aus dem Beutel, stellte sich dabei aber so "ungeschickt" an, dass er ihm sofort wieder aus der Hand fiel, ohne

dass die Umstehenden erkennen konnten, welche Farbe er hatte. Da der ganze Weg mit Kies bestreut war, verschwand der hinab gefallene Kiesel zwischen den anderen Steinen. Der Bauer konnte sich auf den Ausspruch des Edelmannes berufen, dass er einen weißen und einen schwarzen Stein in den Beutel tun werde, und ihn den übrig ge-

bliebenen Stein zeigen lasse. Da sich zwei schwarze Steine im Beutel befunden hatten, musste dieser Stein natürlich schwarz sein, und der Bauer konnte, für alle Umstehenden völlig überzeugend behaupten, den weißen Stein gezogen zu haben.

Herbert Rothermel

Im Tarifrrecht sind noch viele Fragen offen

GdP verhandelt weiter mit der Landesregierung um einen neuen Vertrag

Nach dem Hessen im Jahre 2004 aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) ausgetreten ist, verhandelten die übrigen Länder weiter und im Jahr 2006 wurde in den Tarifverhandlungen der TV-L vereinbart. Darüber hinaus kam es zu Tarifverhandlungen im Bund und in den Kommunen und der TV-ÖD wurde abgeschlossen. Hessen war neben Berlin eine Insel, wo in punkto Tarifverhandlungen nichts lief. In der Folgezeit gab es zahlreiche gewerkschaftliche Aktionen, mit denen die Landesregierung bewegt werden sollte, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Dass sich dieser Prozess für die Tarifbeschäftigten in Hessen bis Anfang November 2009 hinauszog, ahnte damals niemand.



Erika Büttner eg

Was bedeutete das zwischenzeitlich für die Tarifbeschäftigten in Hessen? Bei Neueinstellungen, Vertragsänderungen etc. werden von nun an die beamtenrechtlichen Regelungen angewandt. Mehr Gehalt gab es auch: Im Jahr 2007 wurde durch eine gesetzliche (einmalig in

der Geschichte des Tarifrrechtes und allen bekannt unter dem Synonym: „Danke mein Lieber...“) 2,4 Prozent Gehaltserhöhung verordnet. Seit Mitte 2008 gab es Verhandlungen zu einem neuen Mantelrecht (als Grundlage diente der TV-L). Ende März 2009 gab es echte Tarifverhandlungen, deren Ergebnis allseits bekannt ist. Der TV-H wurde vereinbart und tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.

Das neue Tarifwerk löst über Nacht den BAT ab. Die bestehenden Arbeitsverhältnisse werden ins neue Recht transformiert. Durch die mannigfaltigen Unterschiede ist bei diesem Prozess einiges zu beachten. Um für diesen Prozess gewappnet zu sein, ist es wichtig, dass die GdP-Mitglieder ausreichend informiert worden sind. Um dies zu erreichen führte die hessische GdP Anfang November drei Informationsveranstaltungen in Gießen, Kassel und Wiesbaden durch.



Seminarteilnehmer/innen. eg

Zu den Infoveranstaltungen kamen annähernd 400 Tarifbeschäftigte und interessierte Vollzugsbeamte/innen. Erika Büttner und Heinz Schiskowsky, die bei den Tarifverhandlungen zugegen waren, erläuterten den Teilnehmer/innen die

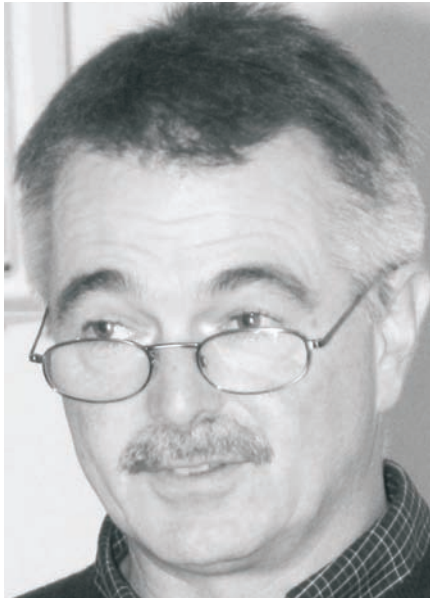
Grundzüge und die wesentlichen Inhalte des neuen Tarifvertrags „TV-H“.

Die alten Eingruppierungsstufen des BAT wird es zukünftig nicht mehr geben, ebenso wie die Unterscheidung zwischen Angestellten und Lohnempfängern. Wir sprechen zukünftig nur noch von Beschäftigten, die für ihre Arbeitsleistung ein Entgelt erhalten. Aber auch der Aufstieg in den einzelnen Entgeltgruppen ist nicht mehr ans Lebensalter gebunden, sondern orientiert sich an der Dienstzeit.

Aber wie werde ich in die neuen Entgeltgruppen eingeordnet? Diese Frage stellen sich derzeit viele Tarifbeschäftigte des Landes Hessen. Das Dezembergehalt wird hierzu als Grundlage genommen und bildet das so genannte „Vergleichsentgelt“. Mit der derzeit bestehenden Vergütungsgruppe bestehend aus Grundgehalt, Ortszuschlag und All-

gemeiner Zulage erfolgt die Einreihung in die neue Entgelttabelle. In den meisten Fällen dürften die Beschäftigten sich dann zwischen zwei Entgeltgruppen wieder finden. Um dies zu bereinigen, erfolgt zum 1. Januar 2012 die Einreihung in die nächst höhere Stufe. Erworbenes

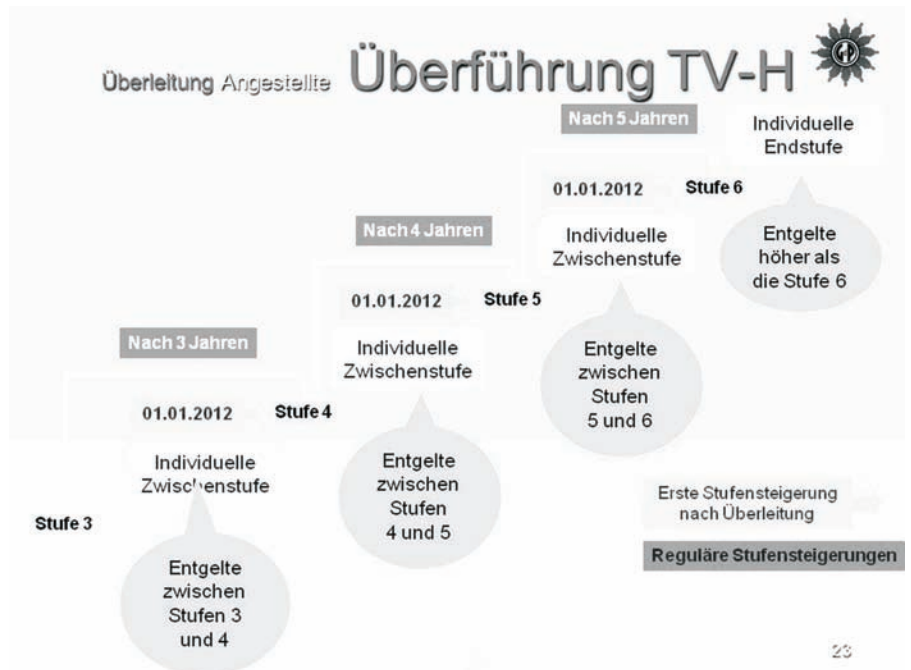
beim Zeit- und Bewährungsaufstieg sind nicht immer gänzlich verloren. Wer zum 1. Januar 2010 diese zur Hälfte erfüllt hat oder zwischen dem 1.1.2010 und dem 31.12.2011 höher gruppiert worden wäre, die Bewährung festgestellt wird, wird zu dem Zeitpunkt höher gruppiert, zu dem sie bei fort geltendem BAT auch vorgenommen worden wäre.



Heinz Schiskowski eg

Bei der Gewährung von Urlaub gibt es ebenfalls eine Verbesserung. So können die Tarifbeschäftigten ab dem Urlaubsjahr 2010 den Resturlaub (wie die Beamt/innen) bis Ende September nehmen.

Besonders aufmerksam müssen die Beschäftigten sein, die von der so genannten „Norm“ abweichen. Dies sind Teilzeitbeschäftigte, die in



ihren Arbeitsverträgen eine feste Wochenstundenzahl vereinbart haben. Erfolgt keine Anpassung, kann es zu einem Entgeltverlust kommen. Aber auch Beschäftigte, deren Ehepartner ebenfalls als Tarifbeschäftigter im öffentlichen Dienst oder als Beamter beschäftigt ist, müssen dem Dezenbergelalt besondere Beachtung schenken und hier insbesondere dem Ortszuschlag.

Bei den Infoveranstaltungen konnten selbstverständlich nicht alle individuellen Fragen gestellt und ausführlich behandelt werden. Dazu war das Regelwerk des BAT zu umfangreich und damit auch zu kompliziert, um es 1:1 mit dem TV-H zu vergleichen.

Die GdP lässt ihre Mitglieder dennoch nicht im Regen stehen! Es sind weitere Tagesseminare in den einzelnen Präsidien geplant. Dadurch ist es möglich, dass individuelle Fragen ausführlich behandelt und exemplarisch anhand von Beispielen dargestellt werden können. Die Veranstaltungen sind für Anfang des kommenden Jahres geplant. Hierzu werden rechtzeitig weitere Informationen verteilt. Darüber hinaus hat die GdP Hessen beschlossen, dass eine Broschüre mit den wichtigsten Tarifbestimmungen des TV-H an die Tarifbeschäftigten GdP-Mitglieder verteilt wird.

Wer dennoch zwischenzeitlich individuelle Fragen hat, wendet sich vertrauensvoll an seinen Kreis- oder Bezirksgruppenvorsitzenden. Dieser wird sich um die Beantwortung der Fragen kümmern. EG

Tarifreform



Neue Grundstruktur

- Einheitlichkeit
- Transparenz
- Variabilität
- Flexibilität
- Praktikabilität
- Straffung
- Vereinfachung

Neue Entgeltstruktur

- leistungsorientierte Bezahlung
- leistungsorientierter Stufenaufstieg
- Niedriglohngruppe
- höhere Einstiegsgehälter

Neue Arbeitsstruktur

- Wegfall von
- Ortszuschlag
- Lebensalterstufen
- Bewährungs- und Zeitaufstiegen
- Vergütungsgruppenzulagen



Riester-Rente mit gesetzlichem Schutz

Ruhestandsgeld statt Kasinokapitalismus

Die Finanzkrise hat die Menschen verunsichert, hat weltweit vielen, die ihr Geld „gut“ angelegt hatten, eine Menge Ärger bereitet, hat ihre für das Alter angelegten Finanzen schwinden lassen. Diese Verunsicherung hat sicher auch viele deutsche Rentner/innen und Anleger/innen getroffen. Dabei können all jene gelassen bleiben, die eine Riester-Rente abgeschlossen haben. Riester-Renten unterliegen einem gesetzlichen Kapitalschutz, schreibt das Beamtenmagazin des DGB. Dabei wird deutlich gemacht, dass es sicherer ist, ein normal verzinstes und gut abgesichertes Kapital für die Zeit der Rente anzulegen, als Hasard zu spielen mit „hohen“ Zin-

sen, die im Zweifelsfall nichts bringen.

Das Prinzip der Riester-Rente baut darauf, dass alle vom Sparer eingezahlten Beträge und die staatlichen Zulagen zu Beginn der Auszahlungsphase für die Sparer zur Verfügung stehen müssen.

Diese gesetzliche Anforderung an die Anbieter von Riesterprodukten garantiert einen sehr hohen Schutz für diese Form der zusätzlichen privaten Altersvorsorge. Durch staatliche Zulagen ist darüber hinaus immer ein positives Sparerlebnis sichergestellt. Die Kombination aus Sicherheit und guter Rendite macht die Riester-Rente zu einer der

attraktivsten Sparformen auf dem Markt, schreibt der DGB.

Altersvorsorgepaket

Diese Sicherheit gilt auch für das „RentenPlus“, das mit günstigen Sondertarifen speziell für Gewerkschaftsmitglieder und ihre Angehörigen geschaffen wurde. Im Altersvorsorgepaket „RentenPlus“ gibt es die Anlageform der Rentenversicherung und den Fondssparplan. Zu all den bereits genannten Absicherungen wird dem Riester-Vertrag auch die nicht garantierte Überschussbeteiligung gutgeschrieben. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.das-rentenplus.de.

gdpnw

Gemeinsam gegen Gewalt

DFB und Gewerkschaft der Polizei beschließen Partnerschaft

Gemeinsam gegen Gewalt, gemeinsam für ein friedliches Miteinander. Das ist das Ergebnis eines Gespräches zwischen dem Deutschen Fußball-Bund (DFB), der Deutschen Fußball Liga (DFL) und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in der DFB-Zentrale in Frankfurt am Main. In Zukunft wollen alle Seiten zur Eindämmung von gewalttätigen Übergriffen im Umfeld des Fußballs effektiver zusammenarbeiten und partnerschaftlich vorgehen. Neben der Intensivierung bereits vorhandener Präventivmaßnahmen und der konsequenten Nutzung der Sportgerichtsbarkeit wird es auf Anregung von DFB-Präsident Dr. Theo

Zwanziger und Generalsekretär Wolfgang Niersbach dazu in enger Zusammenarbeit mit der DFL, die durch ihren Geschäftsführer Spielbetrieb Holger Hieronymus vertreten war, sowie der GdP einen gemeinsamen Kongress geben, der von einer Medienkampagne begleitet werden soll. Ziel ist es, den Fußball und die Polizei für alle sichtbar als Partner im Kampf gegen Gewalt darzustellen.

„Wir können nicht alle Probleme in unserer Gesellschaft lösen. Aber wir stellen uns unserer gesellschaftlichen Verantwortung und wollen im Rahmen eines solchen Kongresses Inhalte erarbeiten, Denkanstöße

geben und konkrete Projekte auf den Weg bringen“, sagte Zwanziger, der die Veranstaltung für die erste Jahreshälfte 2010 plant. Dabei soll das Thema Gewalt und Fußball sachlich aufgearbeitet, richtig eingeordnet und ein künftiges Handlungsmuster entworfen werden. Ein Vorgehen, das ganz im Sinne der GdP ist. „Durch diesen Dialog sind wir einen guten Schritt weiter. Wir gehen damit einen sachlichen, nicht einen populistischen Weg. Der Fußball und wir wollen doch dasselbe: Möglichst wenig Einsätze für unsere Polizeibeamten“, sagte Konrad Freiberg, der Vorsitzende der GdP. gdpnw

Wer hat, dem wird gegeben

Erste Bewertung des Koalitionsvertrags von schwarz/gelb durch den DGB

Eigentlich sind mittlerweile ja alle politischen Parteien sozial eingestellt. NRW-Ministerpräsident Rüttgers überholt die Linken (nicht nur die SPD) mittlerweile schon links. In Nordrhein-Westfalen steht ja auch die nächste Bundestagswahl an.

Der DGB hat eine Zusammenfassung der Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU und FDP herausgegeben. Diese Vereinbarungen zeigen, dass es nicht in Richtung soziale Gerechtigkeit geht, dass es vielmehr weitergeht mit der Klientel-

politik, wie man sie früher schon der FDP nachgesagt hat und wie sie mittlerweile auch von großen Teilen der CDU wieder gefordert wird. Den kompletten Koalitionsvertrag können wir nicht abdrucken, wohl aber das Wichtigste in Kürze.

Das Wichtigste in Kürze

- | Staatsverständnis: Aus der Krise nichts gelernt
- | „Weiter so“ mit Deregulierung und Privatisierung
- | mehr ich – weniger wir
- | mehr Privatisierung und Vereinzelung
- | unverhüllte Klientelpolitik

Hieraus kann man weitere Schlüsse ziehen.

Europa: Marktradikal statt sozial, Binnenmarkt vor sozialer Fortschrittsklausel

Verteilung: Wer hat, dem wird gegeben, die Umverteilung wird verschärft

Finanzmarktregulierung: Unverbindlich und die Krise ignorierend

Haushaltspolitik: Mangel Verwalten statt Zukunft gestalten

Mitbestimmung: Die Lehren der Krise nicht erkannt aber Eingriffe verhindert

Kündigungsschutz: Die Angriffe der FDP abgewehrt

Mindestlöhne: Das Schlimmste verhütet aber keine Politik gegen Armutslöhne

Soziale Sicherung: Mehr Privatisierung, Kopfpauschale durch die Hintertür

Energie- und Klimapolitik: Kein Aufbruch in die Zukunft

Bildung: Keine Zukunft ohne Kapital

Extremismus: Auf dem rechten Auge blind?

Sozialgerichte: Eigenständigkeit Garant für Qualität

Grausamkeiten: Erst nach der Krise.

Es wurden zahlreiche Prüfaufträge beschlossen, die nicht konkret greifbar sind, da wir der DGB wachsam bleiben.

„Die Beteiligung des Staates an Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstituten ist so eng wie möglich zeitlich zu begrenzen“, heißt es in dem Koalitionsvertrag.

Damit ignoriert die neue Regierung das Scheitern des Neoliberalismus mit seiner reinen Marktfixie-

rung. Beteiligungen der öffentlichen Hand sollen von einem eigens berufenen „Expertenrat“ überprüft werden. Die Deregulierung der Märkte und die Privatisierung öffentlicher Aufgaben ziehen sich wie ein roter Faden durch den Koalitionsvertrag. Geplant ist

- | der Aufbau einer Kapital gedeckten Pflegeversicherung
- | eine Umsatzsteuerpflicht für öffentliche Unternehmen
- | wettbewerblich ausgerichteter ÖPNV mit Vorrang für kommerzielle Verkehre
- | die Privatisierung der Infrastrukturentwicklung
- | die Privatisierung der Bahn

Aus all diesen geplanten und/oder angedachten Maßnahmen kann man unschwer erkennen, wohin die Richtung geht. Selbst der Spiegel titelt eine Ausgabe mit „Vorsicht, schwarz-gelb“.

Auch da ist man eher skeptisch, was die Interessen der normal arbeitenden Menschen angeht.

nw



Der Vorstand der Bezirksgruppe Südhessen,
die Redaktion des Polizei-Reports Südhessen
und die Verlagsleitung wünschen
allen Mitgliedern, Lesern und Inserenten
ein harmonisches Weihnachtsfest
und ein glückliches und erfolgreiches Neues Jahr 2010.